



Berlin, 15. Mai 2013

„Vier Wände“ müssen Teil der Energiewende werden Gebäude-Allianz fordert mehr Engagement für energetische Sanierung

Berlin – Mehr Einsatz der Bundesregierung für die Gebäudesanierung und ein Maßnahmenpaket für die flächendeckende energetische Modernisierung in Deutschland – das forderte die Gebäude-Allianz, bestehend aus Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands (eaD), Deutschem Mieterbund (DMB), VdZ – Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik und dem NABU, am heutigen Mittwoch im Rahmen der Berliner Energietage. Der Gebäudesektor sei das bislang vernachlässigte Drittel der Energiewende und müsse endlich zum festen Bestandteil der Energiepolitik werden, so die Verbände. Andernfalls drohe die Energiewende zu scheitern.

Gemeinsam mit Partnern aus Industrie, Gewerkschaften, Verbraucherschützern und Umweltverbänden setzt sich die Gebäude-Allianz dafür ein, in der kommenden Legislaturperiode ein verbindliches Maßnahmenpaket umzusetzen und die energetische Modernisierung insgesamt stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Dazu müssen nach Ansicht der Partner sowohl der Energieverbrauch gesenkt als auch die Energieeffizienz in Gebäuden erhöht werden. Wohn- und Nichtwohngebäude müssen stärker und gezielter als bislang von den drei Säulen „Information und Beratung“, „Fördern“ und „Fordern“ adressiert werden. Gleichzeitig riefen sie weitere Verbände auf, sich der Gebäude-Allianz anzuschließen.

Dr. Michael Herma, Geschäftsführer VdZ – Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik:

„Mit der Umsetzung der Energiewende steht Deutschland vor einer der größten Herausforderungen seit Gründung der Bundesrepublik. Noch ist allerdings unklar, wie mit den bisherigen Instrumenten die Ziele der Bundesregierung tatsächlich erreicht werden können. Der Gebäudesektor als vernachlässigtes Drittel der Energiewende muss endlich stärker in den Fokus rücken. Zudem hat die fehlende Prioritätensetzung und Verlässlichkeit Investoren, Hauseigentümer, Handwerk und Wirtschaft verunsichert. Um Verlässlichkeit zu schaffen, brauchen wir mehr Transparenz bei der Bewertung von Gebäuden. Eine einheitliche

Bewertung mit einem optimierten Energieausweis hilft, Investoren und Hauseigentümern die klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung für ihr Haus zu vermitteln.“

Martin Grocholl, Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschland (eaD):

„Um den dringend benötigten Schub in das Thema energetische Gebäudesanierung zu bekommen, muss Hauseigentümern und Investoren der Weg vom Altbau zum Effizienzhaus transparent und einfach gemacht werden. Hierfür brauchen wir zum einen eine qualitativ hochwertige und nach bundesweit gültigen Standards qualitätsgesicherte Beratung durch geschulte Fachleute. Zum anderen müssen wir Investoren und Hauseigentümer motivieren, für jedes Gebäude individuelle Sanierungsfahrpläne als unabdingbare Planungsgrundlage für die energetische Modernisierung zu erkennen. Außerdem brauchen wir eine Stärkung der regionalen Informations- und Beratungstätigkeit, denn nur vor Ort erreichen wir die Hausbesitzer direkt und effektiv. Es gilt, mit Kampagnen und Netzwerkarbeit Bürgern konkret vor Ort die Vorteile der ‚Energiewende zu Hause‘ aufzuzeigen. Darüber hinaus muss die Politik die Weichen stellen für eine zuverlässige und dauerhafte Förderung für qualitativ hochwertige Beratungsleistungen und Sanierungsmaßnahmen.“

Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor Deutscher Mieterbund (DMB):

„Energieeffizienz ist ein zentraler Begriff für die Energiewende und den Klimaschutz. Sie ist gleichzeitig der Garant für eine auch in Zukunft bezahlbare Energieversorgung. Dabei geht es nicht nur um Strom und Strompreise. Eine Schlüsselrolle kommt dem Gebäudebestand und damit Fragen des Heizenergieverbrauchs und der Warmwasserversorgung zu. Die energetische Modernisierung der Wohngebäude hilft mittelfristig, die Kostenbelastung durch steigende Energiepreise zu bremsen und zu senken. Die durch die Modernisierung jetzt entstehenden Kosten können aber im Mietwohnungsbereich nicht allein von den Mietern getragen werden. Im Ergebnis müssen diese Kosten gleichmäßig auf Staat, Vermieter und Mieter aufgeteilt werden. Natürlich sind dabei die von den Mietern erzielten Energiekostensparnisse in die Rechnung mit einzubeziehen. Heute müssen jedoch im Ergebnis die Mieter über den elfprozentigen Modernisierungszuschlag die Sanierungskosten allein tragen – selbst dann, wenn die Energiekostensparnis nur minimal ausfällt. Das ist ungerecht und muss durch ein System ersetzt werden, bei dem der Grad der Effizienzsteigerung und die Energiekostensparnis zu entscheidenden Kriterien für die Höhe einer Mieterhöhung werden. Mittelfristig muss die so genannte ortsübliche Vergleichsmiete den energetischen Zustand der Wohnung abbilden.“

Jörg-Andreas Krüger, stellvertretender NABU-Bundesgeschäftsführer:

„Die Politik ist für die Energiewende im Wärmesektor auf einem Auge blind. Bislang hat sie die Chance vertan, die energetische Gebäudesanierung zum größten Wertschöpfungs- und Werterhaltungsprogramm der Bundesrepublik zu machen und damit zu einem echten Jobmotor für die heimische Wirtschaft. Investoren und Hauseigentümer müssen deshalb,

genauso wie Städte und Gemeinden, motiviert werden, in ihre Immobilie und den ökologischen Umbau zu investieren. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern sprechen wir uns daher auch gegen einen ‚Sanierungszwang‘ aus. Gleichzeitig braucht es aber neue, marktwirtschaftliche Anreize, um zusätzliche Investitionen zu mobilisieren und kluge Anreize zu setzen. Nur mit zusätzlichen Anstrengungen und der Neuausrichtung der drei Säulen ‚Fordern‘, ‚Fördern‘ sowie ‚Information und Beratung‘ werden auch die ‚Vier Wände‘, Teil der Energiewende werden.“

Den Handlungskatalog mit allen Partnern der Allianz finden Sie unter www.NABU.de/imperia/md/content/nabude/energie/mission_statement.pdf

Ansprechpartner:

Ulf Sieberg, NABU-Energieexperte, Tel. 0173. 9001782, Ulf.Sieberg@NABU.de

Ulrich Ropertz, DMB-Pressesprecher, Tel. 030 22323-34, Ulrich.Ropertz@Mieterbund.de

Simone Jost, VdZ-Referentin Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 030 278744080,
simone.jost@vdzev.de

Martin Grocholl, Geschäftsführer Klimaschutzagentur energiekonsens, Tel. 01520 8991031,
Martin.Grocholl@energiekonsens.de